Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 9. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 15.11.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

7. Schaffung eines Wohnheims für Auszubildende
- Einwohneranregung vom 19.04.2021 - DS-Nr.: 5552 -

Eingangs stellte der Landrat heraus, dass Überlegungen auf Kreisebene nicht sinnvoll seien und aus Sicht der Verwaltung die Kommunen gefragt seien. Die pro Wirtschaft GT GmbH (proWi) biete aber interessierten Unternehmen an, Kontakt zur lokalen Wohnungswirtschaft herzustellen.

Die GRÜNE-Fraktion wandte ein, dass die Thematik nicht einfach so beendet werden sollte. So hätten sich Jugendliche Gedanken gemacht, um das Projekt nach vorne zu bringen. Die proWi habe sehr gute Vorarbeit geleistet, um hier Zahlen, Daten und Fakten aufzeigen zu können. Sie habe positiv zur Kenntnis nehmen können, dass große Unternehmen im Kreis schon tätig seien; diesen Impuls sollte man nochmals verstärken. Sie könne sich vorstellen, dass einige Betriebe aber zu klein seien, um dies allein stemmen zu können, weshalb sie interessiere, ob es die Möglichkeit gebe, für Kooperationen zu werben. So könnten sich beispielsweise kleinere Betriebe zusammentun oder sich größeren Betrieben anschließen. Ihres Erachtens sei es ein sehr zukunftsträchtiges Modell, um Auszubildende und somit später letztlich Fachkräfte an den Kreis Gütersloh zu binden. Sicherlich sei eine flächendeckende Umsetzung im Kreis nicht möglich; erste Ansätze gebe es aber in der Stadt Gütersloh. Dort gebe es die Überlegung, eine Unterkunft für dual Studierende im Mansergh Quartier zu schaffen. Es solle ein Gespräch mit der Stadt Gütersloh gesucht werden, um diesen Ansatz auch auf Auszubildende auszudehnen. So könne auch der Einwohneranregung Rechnung getragen werden. Darüber hinaus könne man das Thema bei den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften diskutieren; es könnten ggf. Kooperationen zwischen Wohnungsbaugesellschaften und Betrieben aufgebaut werden. Sie bitte die proWi daher, in diesem Sinne daran weiterzuarbeiten.

Die FDP-Fraktion stellte heraus, dass es sinnvoll sei, jungen Menschen ein Wohnangebot in der Nähe des Arbeitsplatzes machen zu können, was allerdings auch im ureigenen Interesse der Unternehmen liegen sollte. Viele Unternehmen unterbreiteten auch entsprechende Angebote. Sie teile die Einschätzung der Verwaltung, dass es eine dezentrale Lösung geben müsse. Sie interessiere, ob die proWi vorhabe, tätig zu werden, oder ob die jeweiligen Stellen auf die proWi zukommen müssten. Ihres Erachtens solle die proWi bei Gesprächen mit Unternehmen Werbung dafür machen.

Frau Weber, Geschäftsführerin der proWi, äußerte, dass immer dort, wo ein Bedarf und ein Thema virulent sei, man dies gern aktiv aufgreifen wolle. Die von Herrn Pförtner geführten Gespräche seien auf unterschiedliches Interesse bei den Unternehmen gestoßen. Man könne nur dort etwas bewirken, wo neben einem tatsächlichen Bedarf auch ein Handlungswille bestehe. Derzeit würden die Auszubildenden nur sehr punktuell auf die Personalabteilungen der Unternehmen mit der Bitte, sie bei der Wohnungssuche zu unterstützen, zugehen. Sie könne anbieten, einen Erfahrungsaustausch oder einen Informationsaus-

tausch zwischen den Wohnungsbaugesellschaften und Unternehmensvertretern zu forcieren, um auch die Perspektive dieses Themas aufzuzeigen. Es gehe darum, die duale Berufsausbildung interessanter zu gestalten und die Unterbreitung eines Wohnungsangebotes könne dazu beitragen.

Mitglied Kaltefleiter (CDU-Fraktion) äußerte, dass die Ergebnisse der Untersuchung zeigten, dass im Moment kein Bedarf bestehe und er sich deshalb frage, warum man das Thema unbedingt weiter voranbringen und den Unternehmensleitern etwas aufdrücken wolle. Sein Betrieb stelle den Auszubildenden beispielsweise einen Pkw oder ein E-Bike zur Verfügung. Sofern Auszubildende weiter entfernt wohnten, werde sich der Unternehmenschef schon darum kümmern, eine Wohnung zu finden.

Die SPD-Fraktion begrüßte, dass sich junge Menschen in einem Bündnis zusammengetan hätten, um sich für ein Wohnheim für Auszubildende stark zu machen. Sie begrüße, wie die proWi mit dem Thema umgegangen sei. Man stehe vor der Situation, dass ein überwiegender Teil der jungen Menschen studieren wolle und daher viele Ausbildungsbetriebe Schwierigkeiten hätten, Auszubildende zu gewinnen. Nicht jedem Unternehmen sei es möglich, für Auszubildende eine Wohnung zu finden. Es sei deutlich attraktiver – insbesondere für kleinere Arbeitgeber –, wenn man Auszubildenden, die nicht aus der Nähe kämen, so etwas wie ein Azubi-Wohnheim anbieten könne.

Der Landrat äußerte, dass man inhaltlich gar nicht auseinanderliege. Es sei keine Aufgabe des Kreises, aber die proWi werde sich weiter mit dem Thema befassen.

Die GRÜNE-Fraktion äußerte, dass sie es für den Kreis auch als wichtigen Standortvorteil sehe und sie sich freue, wenn die proWi sich weiterhin damit befasse.

Die FDP-Fraktion merkte auf die Äußerung von Mitglied Kaltefleiter an, dass keiner von einer Durchführung aufwendiger Untersuchungen gesprochen habe und auch niemand den Unternehmen etwas aufdrücken wolle. Die proWi sei lediglich gebeten worden, dass Thema auf der Agenda zu behalten. Es gehe auch nicht nur um die Auszubildenden, die bereits einen Arbeitsplatz im Kreis hätten. Studien zeigten, dass in vielen Fällen Angebot und Nachfrage, also Ausbildungsplatz und potenzieller Auszubildender, räumlich nicht zusammenpassten.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass diesbezüglich Konsens bestehe.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen